

a) Frau Gottlieb nimmt Stellung zu der schriftlichen Anfrage der AL-Fraktion. Sie führt an, dass nach Kontaktaufnahme mit Straßen NRW von dort die Aussage getroffen wurde, dass sich die Haushaltslage leider eher verschlechtert als verbessert hat. Aus deren Sicht wird daher die Sanierung in 3 Jahren kaum zu halten sein. Eine genaue Terminierung von Seiten Straßen NRW ist derzeit nicht möglich. Hinsichtlich der Frage von der AL, ob für die Stadt Möglichkeiten bestehen auf den Sanierungszeitpunkt Einfluss zu nehmen, informiert Frau Gottlieb, dass die Verwaltung im Jahresgespräch am 13.02.2014 Straßen NRW auf die Dringlichkeit der Maßnahme hingewiesen hat. Mehr kann die Verwaltung nicht tun. Die Dringlichkeit der Maßnahme könnte höchstens auf politischer Ebene – Landtagsabgeordnete – untermauert und so vorangetrieben werden.

b) Auf Nachfrage von Frau Pizzato, wann eine Instandsetzung der Bushaltestellen erfolgt, gibt Herr Manderla an, dass die gesamten diesbzgl. zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Entfernung der Schmierereien eingesetzt werden müssen.

c) Auf Nachfrage von Herr Ullmann gibt der Bürgermeister an, dass über die Anträge die im Ältestenrat behandelt und beraten werden, abschließend im Rat entschieden wird, da der Ältestenrat kein Beschlussgremium ist.

d) Herr Ullmann möchte wissen, ob die Verwaltung schon bzgl. seiner Beschwerde bei der Kommunalaufsicht aufgrund des Ausschlusses vom Ältestenrat entsprechende Information erhalten hat und ob bereits eine Stellungnahme seitens der Verwaltung vorliegt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich die Kommunalaufsicht bislang noch nicht gemeldet hat. Diese wird zu gegebener Zeit eine Stellungnahme der Verwaltung anfordern und dann über die Angelegenheit entscheiden.

e) Herr Ebbinghaus verweist auf einen Artikel, der im RGA erschienen ist. In diesem ging es um die Aufarbeitung aller Vergaben im Projekt Wülfig. Er bittet um Auskunft, wie diese Aufarbeitung im Einzelnen aussieht.

Der Bürgermeister führt an, dass die Aufarbeitung der Vergaben ein Auftrag der Bezirksregierung ist. Es soll für jede Vergabe dokumentiert werden, welche vergaberechtlichen Anforderungen erfüllt worden sind und welche nicht.

f) Auf Nachfrage von Pizzato macht der Bürgermeister klar, dass die Bezifferung der Mehrausgaben im Bereich der Beamtenbesoldung durch die rückwirkende Steigerung noch nicht möglich ist.

g) Herr Nipken teilt mit, dass der Ansatz im Bereich des Gewerbesteuerereinkommens i.H.v. 11,58 Mio. € mit 13,9 Mio. € deutlich überschritten wurde. Jedoch ist es nun zu erheblichen Gewerbesteuerückforderungen gekommen, die die Vorjahre betreffen, sodass das

Gewerbesteueraufkommen aktuell bei noch 12,7 Mio. € liegt. Zudem informiert er den Rat, dass es im Bereich der Unterbringung von Asylanten einen erheblichen Mehraufwand geben wird, da derzeit mehr Personen untergebracht werden müssen als geplant; in den nächsten Wochen kann es zudem zu weiteren Zuweisungen kommen.

h) Herr Nipken erinnert an die Seniorenbeiratswahl im November und merkt an, dass Parteien und Wählergruppen, die im Rat vertreten sind unter erleichterten Bedingungen daran teilnehmen können; entsprechende Unterlagen werden ihnen geleitet.

Ende des öffentlichen Teils: 17.30 Uhr

Unterbrechung der Sitzung bis 17.40 Uhr

Der Bürgermeister teilt dem Rat zunächst die nichtöffentlichen Informationen bzgl. des Fontänenfeldes (TOP 4) mit. Er führt an, dass die Stadt sich bei allem juristisch beraten lässt. Derzeit laufen Gespräche mit allen am Bau Beteiligten inklusive der externen Fachkraft für Arbeitssicherheit. Es wird eine außergerichtliche Einigung angestrebt, um eine schnellstmögliche Inbetriebnahme des Fontänenfeldes zu erreichen. Eine genaue Angabe, wann die Thematik abschließend geklärt ist, kann nicht erfolgen, da dies auch von Faktoren abhängt, die nicht von der Verwaltung beeinflusst werden können.

Herr Ebbinghaus weist auf die Beratungen im öffentlichen Teil hin, dass es sich bei der Anlage um ein Standardbauteil handelt, welches zumindest lt. Hersteller teilweise eine TÜV-Zertifizierung vorweist. Er möchte wissen, wie das Verhalten seitens des Herstellers bzgl. einer etwaigen Haftung aussieht.

Frau Gottlieb erklärt hierzu, dass der Ansprechpartner der Stadt aus rechtlicher Sicht für das gesamte Verfahren der Generalunternehmer und nicht der Hersteller ist. Der Generalunternehmer erhält eine Mängelanzeige und muss sich dann zur Klärung und Lösung der Mängel wiederum an den Hersteller wenden.

Herr Lorenz betont, dass bzgl. der TÜV-Zertifizierung eine genauere Prüfung erfolgen muss, ob diese nur für Einzelteile oder die gesamte Anlage gilt.

Frau Gottlieb merkt an, dass dies derzeit von der Fachkraft für Arbeitssicherheit geprüft wird.